

Per Mail: andrea.kuenzli@bsv.admin.ch

Bern, 16. November 2022

Vernehmlassung: Standesinitiativen. ZG. Politisches Mandat auch bei Mutterschaft. Änderung der Bundesgesetzgebung. BL. Teilnahme an Parlamentssitzungen während des Mutterschaftsurlaubs. LU. Politikerinnen im Mutterschaftsurlaub. BS Wahrnehmung des Parlamentsmandates während des Mutterschaftsurlaubs

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Mit der vorliegenden Vorlage soll die Vereinbarkeit von Parlamentsmandat und Mutterschaft verbessert werden. Parlamentarierinnen sollen den Anspruch auf die Mutterschaftsentschädigung nicht mehr verlieren, wenn sie während der Mutterschaftszeit an einer Sitzung des Parlaments auf Bundes- Kantons- oder Gemeindeebene teilnehmen.

Die Mitte hält fest, dass der Mutterschutz und die Mutterschaftsentschädigung wichtige Errungenschaften sind, welche es zu schützen gilt. Die Mitte unterstützt dennoch den vorliegenden Vorschlag der Staatspolitischen Kommission des Ständerates (SPK-S). Dieser schafft in den Augen der Mitte kein Präjudiz für eine Schwächung des Mutterschutzes, da es sich bei den betroffenen Personen um gewählte Politikerinnen in einem Milizsystem handelt. Es ist für die betroffenen, vom Volk gewählten Parlamentarierinnen nicht nachvollziehbar, warum sie ihr politisches Mandat nicht ausüben dürfen, ohne gleichzeitig ihren Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung für ihre hauptberufliche Tätigkeit zu verlieren.

Mit der gewählten Lösung, die zur Folge hat, dass die Teilnahme an Ratssitzungen nicht zur Beendigung des Anspruchs auf Mutterschaftsentschädigung führt, kann die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Politik in unserem Milizsystem verbessert werden. Die Mitte hält jedoch fest, dass die Teilnahme an den entsprechenden Sitzungen für die betroffenen Parlamentarierinnen klar freiwillig bleiben muss.

Die Mitte unterstützt zudem die Variante der Mehrheit der SPK-S, welche die Regelung auf die Teilnahme an Ratssitzungen beschränken will. Die Minderheit, welche fordert, dass die Ausnahmeregelung auch für Kommissionssitzungen ohne Stellvertretungsmöglichkeit vorzusehen sei, scheint aufgrund der heterogenen Systeme, insbesondere auf Kantons- und Gemeindeebene, zu kompliziert.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Die Mitte

Sig. Gerhard Pfister
Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin Die Mitte Schweiz